

ordneter einer Volksvertretung wurde. Das gilt auch für die Zeit ab 1965, in der auf der Vorschlagsliste mehr Kandidaten verzeichnet waren, als Abgeordnete zu wählen waren. Denn das Wahlrecht war so gestaltet, daß praktisch die Reihenfolge der Kandidaten auf der Vorschlagsliste über den Einzug in die Volksvertretung entschied (s. Rz. 1-14 zu Art. 22).

An den Wahlen nahmen jedesmal die Wahlberechtigten fast vollständig teil und gaben bis auf einen geringen Prozentsatz der Vorschlagsliste ihre Zustimmung. Trotzdem können diese Ergebnisse als Zustimmung der Wähler weder zur DDR als Staat noch zu der die DDR beherrschenden politischen Kraft gewertet werden. Wegen des Fehlens einer Alternative bestand nicht die Möglichkeit der Entscheidung zwischen verschiedenen politischen Richtungen. Ferner wurden bei den Wahlen stets alle Propagandamittel des Herrschaftssystems eingesetzt, um die Zustimmung der Wähler zu erlangen. Jede Gegenpropaganda war verboten. Außerdem wurde ein politischer Druck zur öffentlichen Stimmenabgabe ausgeübt.

Die Fluchtbewegung aus der DDR in die Bundesrepublik einschließlich Berlin (West), die erst mit dem Bau der Mauer in Berlin am 13. 8. 1961 als Massenerscheinung ihr Ende fand, aber trotzdem bis heute nicht völlig versiegt ist, sowie der Volksaufstand vom

17. 6. 1953 sind sichere Anzeichen dafür, daß in der Bevölkerung der DDR eine weitaus stärkere Gegnerschaft vorhanden war und noch ist, als durch die wenigen ablehnenden Stimmen bei den Wahlen reflektiert wurde.

Wie die Bevölkerung der DDR zu ihr und ihrem Herrschaftssystem steht und ob sie die marxistisch-leninistischen Wertvorstellungen übernommen hat, ist empirisch zur Zeit nicht feststellbar. Sicher ist, daß weite Teile sich der Not gehorchend angepaßt haben. Es wäre aber verfehlt, aus dieser Anpassung bereits auf eine innere Zustimmung zu schließen. Auch die Tatsache, daß ein relativ hoher Anteil der Bevölkerung aktiv politisch tätig ist (jeder 55. der wahlberechtigten Bürger ist in einer Volksvertretung, drei Millionen Bürger sind ehrenamtlich in staatlichen oder gesellschaftlichen Funktionen tätig), sagt nichts über die innere Zustimmung dieses Teils der Bevölkerung aus. Denn sie kann ebenfalls weitgehend mit Anpassung als Reaktion auf den politischen Druck erklärt werden. Indessen darf nicht verkannt werden, daß die Inhaber der politischen Macht sich bemühen, die Gesellschaft in das Herrschaftssystem zu integrieren. Ob es ihnen aber gelingt, die Integration so voranzutreiben, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die DDR als Staat und die in ihr ausgeübte politische Macht innerlich akzeptiert, ist eine offene Frage. Sie kann letztlich erst beantwortet werden, wenn der Bevölkerung die Möglichkeit gegeben wird, sich frei für oder gegen die DDR als Staat und die sie beherrschende politische Kraft zu entscheiden.

- 51 10. Souveränitätserklärung. Je mehr sich das Herrschaftssystem der SED festigte, desto mehr konnte sich die sowjetische Besatzungsmacht weiter von einer offenen Einflußnahme zurückziehen. Am 25. 3. 1954 erklärte die Sowjetregierung die DDR für souverän und wandelte die SKK in eine Hohe Kommission um⁶⁵. Am 20. 9. 1955 bestätigten

65 Erklärung der Sowjetregierung über die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der Deutschen Demokratischen Republik vom 25. März 1954, in Herbert Krüger/Dieter Rauschnig, Die Gesamtverfassung Deutschlands, Frankfurt a. M.-Berlin, 1962, Dokument 12 I.